



Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.

Aktuell seit 01.07.2025 12:01:21

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003194
Ersteintrag:	09.03.2022
Letzte Änderung:	01.07.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	01.07.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Littenstraße 10 10179 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +493020613250 E-Mail-Adressen: info@deutscher-verband.org Webseiten: www.deutscher-verband.org</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

40.001 bis 50.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,45

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Guido Beermann**
Funktion: Präsident
2. **Rolf Buch**
Funktion: Vizepräsident
3. **Monika Fontaine-Kretschmer**
Funktion: Vizepräsidentin
4. **Axel Guthmann**
Funktion: Schatzmeister
5. **Christian Hüttenloher**
Funktion: Generalsekretär

Batraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. **Guido Beermann**
2. **Christian Hüttenloher**

Gesamtzahl der Mitglieder:

277 Mitglieder am 31.12.2024, davon:

93 natürliche Personen
184 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (22):

1. International Federation for Housing and Planning
2. Europäische Route der Backsteingothik e.V.
3. BBA Akademie der Immobilienwirtschaft e.V.
4. Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V.
5. Förderverein Bundesstiftung Baukultur e.V.
6. Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V.
7. Förderkreis des Instituts für Wirtschaftspolitik
8. ifo-Institut für Wirtschaftsforschung
9. InWIS Forschung und Beratung GmbH
10. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans Böckler Stiftung
11. urbanicom - Verein für Stadtentwicklung und Handel e.V.
12. TAW Technische Akademie Wuppertal e.V.
13. Gesellschaft für Hygiene, Umweltmedizin und Präventivmedizin (GHUP)
14. Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen
15. Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen e. V. (FGW)
16. vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung
17. Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft
18. Rat der Gemeinden und Europas (RGRE)
19. Internationales Städteforum Graz
20. ISG-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH
21. Institut für Bauforschung e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (11):

Erneuerbare Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Bauwesen und Bauwirtschaft; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Bank- und Finanzwesen; Handel und Dienstleistungen; Verbraucherschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Als neutrale, partei- und fachübergreifende Dialogplattform bringt der DV e.V. öffentliche, private und zivilgesellschaftliche Organisationen zu einem Austausch zu nachhaltigen Handlungsansätzen für bezahlbares Wohnen sowie nachhaltige und integrierte Stadt- und Raumentwicklung zusammen. Seine Mitglieder kommen von Bund, Ländern und Kommunen, der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Organisationen privater Eigentümer, Mietervertreter, Finanz- und Förderinstituten, Bausektor, Grundstücks- und Stadtentwicklungsgesellschaften, Planer, Architekten sowie aus Wissenschaft und Forschung. Kernelement der über Mitgliedsbeiträge, Zuwendungen und Aufträge getragenen Arbeit ist es, die unterschiedlichen, teils heterogenen Perspektiven, Interessen und Expertisen der verschiedenen Akteursgruppen und Experten zusammenzubringen, um daraus fachlich fundierte und ausgewogene Handlungsempfehlungen für die Gestaltung einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Wohnungs-, Stadt- und Raumentwicklungsrichtung zu erarbeiten. Die Ergebnisse der Aktivitäten bringt der DV e.V. auch in den fachpolitischen Prozess gegenüber Bundestag und Bundesregierung in Form von Stellungnahmen, Positionspapieren, Berichten und Studien ein. Dazu wirken die Vertreter von Parlament und Bundesregierung entweder in Austauschformaten mit bzw. werden gezielt über die Ergebnisse für einen weiteren Dialog in Kenntnis gesetzt.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Impulse zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung im Bestand

Beschreibung:

Auf Basis unserer Arbeit in der verbandsinternen Arbeitsgruppe "Energie" wurde zum 6. April 2023 ein Empfehlungspapier zur Ausgestaltung des bundespolitischen Rahmens für eine integrierte und sektorenübergreifende Dekarbonisierung des Gebäudebestandes erarbeitet, der sozialverträglich und wirtschaftlich tragfähig ist. Dieses wurde an BMWSB, BMWK, sowie den Bau- und den Energieausschuss des Bundestages übermittelt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/6875 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung der Heizkostenverordnung und zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsordnung

1. Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8654 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze

1. Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [alle RV hierzu]; WPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu];

Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

2. Sofortmaßnahmen zum "Entlastungswohnungsbau"

Beschreibung:

Der DV hat am 20.02.2023 ein Diskussionspapier zum Lösen der Baubremse durch temporäre Ausnahmen und Sofortmaßnahmen für Entlastungswohnungsbau übermittelt. Dies beinhaltet Vorschlägen zur Vereinfachung des Bauordnungsrechts der Länder und die Einführung eines Gebäudetyps E in die Landesbauordnungen mit Änderungen im Bauvertragsrecht, ebenso wie zur Anpassung des Bauplanungsrechts (BauGB) im Zuge der geplanten Baurechtsnovelle, um Innenentwicklungspotenziale einfacher und rascher für die Bebauung mobilisieren zu können. Diese wurde an BMWSB und den Bauausschuss übermittelt.

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

3. Vorschlag für ein Bundesprogramm "Jung kauft alt" zur Ergänzung der Wohneigentumsförderung für Familien

Beschreibung:

Mit dem Impulspapier "Für eine kraftvolle Unterstützung der Wohneigentumsbildung im Bestand" warb der DV in Ergänzung zur Wohneigentumsförderung für Familien (WEF) ein gesondertes Förderprogramm für den Bestandserwerb aufzulegen und gab weitere Empfehlungen zur Erleichterung der Eigentumsbildung unter anderem durch einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für den Ersterwerb, die Verbesserung des Wohnriesters und der Arbeitnehmersparzulage.

Betroffenes geltendes Recht:

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

4. EU-Gebäuderichtlinie sozialverträglich und praxistauglich ausgestalten

Beschreibung:

in einem ad hoc Papier am 28.09.2023 zur den Trilog-Verhandlungen über die Europäische Gebäuderichtlinie setzten wir und für die Stärkung energetischer Quartiersansätze, einer CO2- und Lebenszyklusorientierung bei energetischen Gebäudestandards (Neubau und Bestandssanierung) sowie die Mindesteffizienzstandards der Worst Performing Buildings als Durchschnittsbetrachtung ein und sprachen uns gegen detaillierten, EU einheitliche Effizienzkriterien und Berechnungsmethoden aus.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8654 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze

1. Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu];

Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu];

Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

5. Stellungnahmen zum Entwurf der Novelle des Baugesetzbuches mit Erleichterungen für Wohnungsneubau

Beschreibung:

Einschätzung zur Erleichterung / Flexibilisierung der Abweichungen vom Einfügungsgebot nach § 34 BauGB sowie der Ausnahmen von den Festsetzungen des B-Plans nach § 31 sowie zu einer Einführung einer vorübergehenden Sonderregelung nach einem neuen § 246e.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13091 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung

Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (5):

1. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 200.001 bis 210.000 Euro

Zuwendung aus dem Bundeshaushalt, Einzelplan 06, Kapitel 4, 839351, Haushaltsjahr 2023, für das Vorhaben der Nationalen Stadtentwicklungsinitiative: "Gemeinsam für das Quartier (Stadtlabore) - Vernetzungsinitiative für aktivierende, kooperative und gemeinwesenorientierte Stadtentwicklung."

2. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Zuwendung aus dem Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau des Bundes zur Organisation einer Dialogplattform Gemeinwohloirnetierung in der Wohnungspolitik zur fachpolitischen Erörterung von Gemeinwohlelementen in der Wohnungspolitik inkl. der Einführung einer Neuen Wohngemeinnützigkeit mit Expert:innen, Verbänden und Wohnungsunternehmen.

3. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Studie zur Umsetzung der städtischen Dimension in den EFRE-Programmen der deutschen Bundesländern. Förderung aus dem Bundeshaushalt Einzelplan 06, Kapitel 4, 839351, Haushaltsjahr 2023, aus dem Titel "Nationale Stadtentwicklungsinitiative".

4. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Zuwendung aus dem nationalen Förderprogramm „Region gestalten“ zur Analyse des Einsatzes von EU-Fördermitteln zur Stärkung integrierter territorialer Entwicklungsansätze.

Gegenstand ist die Erarbeitung einer Definition einer territorialen Dimension zur Einordnung integrierter Regionalentwicklungsansätze im Rahmen der EU-Strukturpolitik in Deutschland. Mit Hilfe einer Untersuchung integrierter Ansätze auf regionaler Ebene im Rahmen der EU-Strukturförderung in Deutschland soll ein Arbeitspapier mit qualitativen Empfehlungen für die Ausgestaltung der zukünftigen EU-Kohäsionspolitik erstellt werden.

5. Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Der DV hat eine Zuwendung aus Mitteln des BMWSB erhalten, um im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Wohnungslosigkeit eine Facharbeitsgruppe zum Thema "Wohnraumversorgung Wohnungsloser Menschen" einzurichten und durchzuführen. Diese bringt Vertreter von Vermietenden, von Bund, Ländern und Kommunen, Wohnfahrtsverbände, Organisationen der Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungsloser Menschen zusammen, um Lösungen zu erarbeiten, wie der Zugang zu dauerhaften Wohnraum für Wohnunglose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen verbessert werden kann.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

380.001 bis 390.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Entwurf-JAP-2024-DVfW.pdf